

## MORNING NEWS

### 21. September 2026

| INDEX           | SCHLUSS   | VERÄNDERUNG<br>net | %     | VORTAG    | INDEX            | SCHLUSS   | VERÄNDERUNG<br>net | %     | VORTAG    |
|-----------------|-----------|--------------------|-------|-----------|------------------|-----------|--------------------|-------|-----------|
| DAX             | 25.304,06 | -412,65            | -1,60 | 25.716,71 | DJ 30            | 51.682,64 | -95,40             | -0,18 | 51.778,04 |
| MDAX            | 31.083,97 | -364,15            | -1,16 | 31.448,12 | NASDAQ           | 29.644,17 | 197,19             | 0,67  | 29.446,98 |
| TEC DAX         | 4.001,75  | 1,23               | 0,03  | 4.000,52  | Nikkei 225       | 65.018,95 | 882,70             | 1,38  | 64.136,25 |
| Euro Stoxx50    | 6.236,20  | -86,70             | -1,37 | 6.322,90  | Hang Seng        | 24.891,58 | 140,80             | 0,57  | 24.750,78 |
| Bund Future     | 120,74    | 0,42               | 0,35  | 120,32    | Euro / US-\$     | 1,1475    | -0,00              | -0,10 | 1,1486    |
| Gold in US-\$   | 4.356,81  | -21,82             | -0,50 | 4.378,63  | Öl (Brent) US-\$ | 101,59    | -2,28              | -2,20 | 103,87    |
| Bitcoin / US-\$ | 81.382,92 | 303,04             | 0,37  | 81.079,87 | Ethereum / US-\$ | 2.662,73  | 28,35              | 1,08  | 2.634,38  |

#### Vorbörsliche Indikationen (07:00 Uhr)

| INDEX         | INDIKATION | ABSOLUTE VERÄNDERUNG (zum Schlusskurs Vortag) |
|---------------|------------|-----------------------------------------------|
| DAX           | 25.422     | +118                                          |
| NASDAQ Future | 30.094,50  | +177,25                                       |

| AKTIE    | PARITÄT € | VERÄNDERUNG<br>€ | %     | SCHLUSSKURS<br>XETRA in € | SCHLUSSKURS<br>NYSE in \$ | VOLUMEN<br>NYSE |
|----------|-----------|------------------|-------|---------------------------|---------------------------|-----------------|
| SAP AG   | 182,53    | -0,59            | -0,00 | 183,12                    | 209,45                    | 1.890.093,00    |
| Nokia OJ | 9,31      | -0,04            | -0,00 | 9,34                      | 10,68                     | 161.955.629,00  |

#### Unternehmenstermine

| UNTERNEHMEN             | RIC                                       | ANLASS | ZEIT | SCHÄTZUNG |
|-------------------------|-------------------------------------------|--------|------|-----------|
| DAX / MDAX              | Heute keine wichtigen Unternehmenstermine |        |      |           |
| Europäische Unternehmen | Heute keine wichtigen Unternehmenstermine |        |      |           |

Quelle: Bloomberg/dpa/AFX

#### Konjunkturtermine

| LAND | INDIKATOR  | MONAT  | UHRZEIT | SCHÄTZUNG     |
|------|------------|--------|---------|---------------|
| USA  | CFNA Index | August | 14:30   | -0,04 (-0,08) |

Quelle: Bloomberg

#### Wall Street Schlussbericht

| VOLUMEN        | GEHANDELTE AKTIEN (in Mrd.) | US-STAATSANLEIHEN | VERÄNDERUNG | RENDITE (Yield) |
|----------------|-----------------------------|-------------------|-------------|-----------------|
| Volumen NYSE   | 4,37 (1,30)                 | 10-jährige Bonds  | -0,453      | 5,00%           |
| Volumen NASDAQ | 12,96 (9,85)                | 30-jährige Bonds  | -0,500      | 5,33%           |

(/)=Vortag

Die **Wall Street** hat am Freitag nach einer von Zinsentscheidungen geprägten Woche **uneinheitlich geschlossen**. Während eine Rally bei Halbleiterwerten den technologielastigen Nasdaq und den breit gefassten S&P 500 ins Plus hievte, gab der Leitindex Dow Jones nach.

Der Dow-Jones-Index der Standardwerte schloss 0,2 Prozent tiefer auf 51.683 Punkten. Der breiter gefasste S&P 500 rückte um 0,2 Prozent auf 7651 Zähler vor. Der Index der Technologiebörse Nasdaq gewann 0,4 Prozent auf 26.523 Punkte. Auf Wochensicht verbuchte der Dow damit seinen größten prozentualen Verlust seit März. Der S&P 500 verzeichnete ein leichtes Minus, während der Nasdaq die Woche mit einem Gewinn abschloss. Die Anleger verdauten zum Wochenausklang die **jüngsten geldpolitischen Beschlüsse**. Weltweit haben die Zentralbanken die Zinsen angehoben, um die durch den Iran-Krieg angeheizte Inflation einzudämmen. Die Bank of Japan hob die Zinsen auf ein 31-Jahres-Hoch an und folgte damit der US-Notenbank Fed und der Europäischen Zentralbank (EZB). Lediglich die Bank of England hielt die Zinsen stabil, warnte jedoch vor künftigen Erhöhungen.

Die **Renditen zehnjähriger US-Staatsanleihen** stiegen auf über fünf Prozent. An den Finanzmärkten wird laut dem FedWatch-Tool der CME nun eine Wahrscheinlichkeit von 55,4 Prozent für eine weitere Zinserhöhung der Fed im Oktober eingepreist. Vor einem Monat lag dieser Wert noch bei 7,2 Prozent.

"Es ist fast so, als ob alle am Ende der Woche von den vielen Ereignissen erschöpft waren und beschlossen haben, sich zurückzuhalten", sagte Chuck Carlson, Chef von Horizon Investment Services. Viele Investoren versuchten, die langfristigen Auswirkungen der Fed-Politik auf Aktien und festverzinsliche Wertpapiere abzuschätzen. Zudem gebe es vor dem Wochenende eine Zurückhaltung, sich in eine bestimmte Richtung zu positionieren, da unvorhersehbare Ereignisse am Montag zu extremen Marktbewegungen führen könnten, fügte er hinzu.

Die Inflationssorgen blieben auch wegen der hohen Energiepreise im Fokus. Der Preis für **US-Leichtöl** (WTI) hielt sich über der Marke von 100 Dollar pro Barrel. Die Preise gaben jedoch von ihren Tageshöchstständen nach, nachdem China auf Bitte Saudi-Arabiens den Iran aufgefordert hatte, die Angriffe der Huthi-Rebellen auf die saudische Ölinfrastruktur einzudämmen.

Die stark gestiegenen Ölpreise haben die **Dieselpreise** auf **Rekordniveau** getrieben, was sich voraussichtlich in höheren Kosten für Landwirtschaft und Transport niederschlagen wird. Wenn die Ölpreise kurzfristig stiegen, biete dies dem Markt eine kleine Atempause, da sich die Börsen eng an den Ölpreisen zu orientieren schienen, erklärte Carlson.

Bei den Einzelwerten sorgte eine Personalie bei **Berkshire Hathaway** für Aufsehen: Warren Buffett zieht sich als Verwaltungsratschef zurück und wird Ehrenvorsitzender. Der Schritt erfolgt neun Monate, nachdem er den Posten des Vorstandschefs an Greg Abel übergeben hatte.

Die Papiere von **Xenon Pharmaceuticals** brachen um 30,7 Prozent ein. Das Unternehmen hatte die Aufnahme von Patienten in klinische Studien für ein experimentelles Medikament gegen schwere und bipolare Depressionen wegen Berichten über Nebenwirkungen vorübergehend gestoppt.

Krypto-Aktien wie **Coinbase**, **MicroStrategy** und **Robinhood** legten zwischen 9,1 und 16,4 Prozent zu. Sie profitierten von einem Kursanstieg des **Bitcoin** um 5,9 Prozent.

## US Unternehmen

Auch **Googles KI-Software Gemini** hat sich bei Tests ihrer Cybersicherheits-Fähigkeiten in **Computersysteme anderer Unternehmen** gehackt. Der Internet-Riese ist der vierte Entwickler Künstlicher Intelligenz (KI), dessen Programme mit einem solchen Verhalten auffielen, nach OpenAI, Anthropic und dem Facebook-Konzern Meta. Google machte die bereits Monate zurückliegenden Vorfälle erst nach einer Nachfrage der Zeitung "*Wall Street Journal*" öffentlich.

In der Debatte um existenzielle **Risiken Künstlicher Intelligenz** könnte der US-Bundesstaat **Kalifornien** eine **Notabschalt-Vorrichtung für KI-Software** vorschreiben. Ein solcher Mechanismus gehört zu einer Liste von Maßnahmen, zu denen dem demokratischen Gouverneur Gavin Newsom bis Mitte November Vorschläge gemacht werden sollen. Zu weiteren Ideen gehören unabhängige Beobachter in großen KI-Laboren sowie striktere Verpflichtungen, über Sicherheits-Zwischenfälle zu berichten, wie aus einer von Newsom unterzeichneten Anordnung hervorgeht (dpa/AFX).

**US-Präsident** Donald Trump will die **Entwicklung Künstlicher Intelligenz** (KI) in den **USA** weiter beschleunigen - trotz wachsender Warnungen vor existenziellen Risiken der Technologie. "Wir werden das Wachstum dieser unglaublichen Industrie in keinsten Weise behindern oder abwürgen", schrieb Trump auf seiner Online-Plattform Truth Social. Er verwies erneut darauf, dass die USA bei der Technologie vor China und dem Rest der Welt lägen - und er wolle, dass dies so bleibt (dpa/AFX).

Die zum Meta-Konzern gehörenden sozialen Netzwerke **Facebook** und **Instagram** sind in den USA bei Tausenden Nutzern ausgefallen. Dies ging aus Daten der auf Störungsmeldungen spezialisierten Website Downtdetector.com hervor. Bis 21.11 Uhr US-Ostküstenzeit (ET) wurden demnach mehr als 17.000 **Störungsmeldungen** für Facebook und über 5000 für Instagram verzeichnet (Reuters).

## Marktmeldungen

Die rechtspopulistische **AfD** hat die **Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern** laut Hochrechnungen vor der SPD gewonnen. Die **Sozialdemokraten** mit Ministerpräsidentin Manuela Schwesig könnten in dem nordostdeutschen Bundesland aber weiterregieren. Die **CDU** hat erstmals überhaupt den Einzug in einen Landtag wohl verpasst. Im Landtag vertreten sind demnach wahrscheinlich neben AfD und SPD nur die Grünen und die Linke. Die AfD beanspruchte am Sonntagabend den Auftrag zur Regierungsbildung für sich. Die anderen Parteien haben eine Zusammenarbeit mit der in Teilen rechtsextremen AfD jedoch ausgeschlossen. "Die AfD wird keine Regierung stellen können", sagte Schwesig. "Die Mehrheit hat sich ganz klar für demokratische Parteien entschieden." Sie betonte zugleich: "Ich stehe bereit für eine stabile demokratische Regierung." Den Hochrechnungen von ARD und ZDF zufolge kam die **AfD** auf 37 bis 38 Prozent und konnte ihr Ergebnis damit im Vergleich zur letzten Wahl 2011 mehr als verdoppeln. Die regierende **SPD** erreichte etwa 36 Prozent. Die **CDU** kam nur noch auf 4,9 Prozent und verbuchte damit das für sie historisch schlechteste Wahlergebnis. Die **Grünen** kamen laut Hochrechnungen auf gut fünf Prozent, die **Linkspartei** auf etwa sieben Prozent. Das **Bündnis Sahra Wagenknecht** (BSW) verfehlte den Hochrechnungen zufolge mit 4,9 Prozent ebenso den Einzug in den Landtag. Damit hätten SPD, Linkspartei und Grüne eine Mehrheit (Reuters).

**Bundeskanzler** Friedrich Merz hat angekündigt, **als Kanzler und CDU-Chef** an den **Reformen** der schwarz-roten Bundesregierung weiter arbeiten zu wollen. "Die Reformen müssen kommen", sagt er nach Schließung der Wahllokale in beiden Bundesländern. "Ich übernehme diese Verantwortung, denn ich möchte dieses Land voranbringen." Die Reformen seien das Mittel "gegen das autoritäre Gift, das in die Gesellschaft einsickert" (Reuters).

**Mecklenburg-Vorpommerns Ministerpräsidentin** Manuela Schwesig (SPD) hat sich "sehr irritiert" über die Äußerungen von **Kanzler** Friedrich Merz (CDU) gezeigt. "Ich glaube, da ist mehr Demut vom Kanzler eigentlich angebracht", sagt sie in der **ARD**. Angesichts des schlechten Abschneidens der CDU müsse sich der Kanzler schon selbstkritisch fragen, ob er einfach so weitermachen könne. Die SPD habe mit der CDU im Koalitionsvertrag "ganz klar" verabredet, dass die Rente nach 45 Beitragsjahren abschlagsfrei weiter möglich sein solle. Sie erwarte nun Vertragstreue.

**CDU-Generalsekretärin** Franziska Hoppermann hat die **Erklärung von Kanzler Friedrich Merz** am Wahlabend damit erklärt, dass dieser nach den Gewinnen von AfD und Linke ein Zeichen der Stabilität habe senden wollen. "Wir wollen die Sozialversicherungssysteme zukunftsfest aufstellen, damit wir auch in Zukunft denen helfen können, die Hilfe brauchen", sagt sie im ZDF. "Wir sehen, dass gerade auch die Krisen und Kriege in der Welt für Ängste und Verunsicherung sorgen." (Reuters).

**SPD-Chef** und Vizekanzler Lars Klingbeil will als **Konsequenz aus den Wahlergebnissen in Mecklenburg-Vorpommern** und Berlin das Regierungshandeln auf den Prüfstand stellen. "Wir müssen für uns als Bundesregierung analysieren, warum es diese große Unsicherheit im Land gibt", sagt Klingbeil in der **ARD**. Die Regierung habe es nicht geschafft, ihre Reformen so zu vermitteln, dass die Menschen darin Veränderungen zum Besseren sähen. Stattdessen seien häufig nur Kürzungsdebatten geführt worden. Mit Blick auf die umstrittene Abschaffung der abschlagsfreien Rente nach 45 Beitragsjahren sagt Klingbeil, man müsse die Sorgen der Menschen ernst nehmen. "Dafür werden wir Lösungen finden." Einer Personaldebatte über seine Person und Co-Chefin Bärbel Bas erteilt er eine Absage. "Wir führen keine innerparteilichen Debatten." (Reuters).

**AfD-Co-Vorsitzende** Alice Weidel dringt auf ein Ende der Brandmauer der **Union**. Die CDU sei auch deshalb so schwach, weil sie eine Zusammenarbeit mit der AfD ablehne. "Der Wähler wählt die ganze Zeit Mitte-Rechts," sagt sie im ZDF. Die CDU hätte schon lange eine Regierung mit der AfD formen können, auf Landes- und auch auf Bundesebene. Die

Menschen wollten einen Politikwechsel. Friedrich Merz müsse daraus die Konsequenzen ziehen. "Unser Ziel ist es natürlich Koalitionsgespräche langfristig mit der CDU zu führen, aber wir werden uns auf keinen Fall verbiegen." (Reuters).

Bei der **Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus** ist die **Linke** nach Hochrechnungen klar stärkste Kraft geworden. Spitzenkandidatin Elif Eralp kündigte an, Regierende Bürgermeisterin werden zu wollen. Mögliche Partner für eine Dreierkoalition könnten die **Grünen** und die **SPD** sein - von den Grünen gab es dazu schon positive Signale. Die **CDU** verliert deutlich und landet auf dem zweiten Platz. Ihr Spitzenkandidat Stefan Evers will auch mit den anderen Parteien sprechen. Doch nach den Hochrechnungen von gegen 20.00 Uhr hätte ein CDU-geführtes Dreierbündnis knapp keine Mehrheit (dpa/AFX).

**Deutschland** wird mit General **Carsten Breuer** erstmals nach mehr als 20 Jahren wieder den **Vorsitzenden des Nato-Militärausschusses** stellen. Breuer - bislang Generalinspekteur der Bundeswehr und damit ranghöchster Soldat - soll das Amt Mitte kommenden Jahres übernehmen, wie die Nato und das Verteidigungsministerium in Berlin mitteilten. Der 61-Jährige wurde bei der Konferenz der Militäarchefs der 32 Nato-Staaten in Kopenhagen gewählt (dpa/AFX).

**Frankreichs Staatsverschuldung** dürfte nach Angaben des Finanzministeriums im laufenden Jahr auf einen **Rekordwert** steigen. Die Schuldenquote werde voraussichtlich 119,3 Prozent der Wirtschaftsleistung erreichen, teilte das Ministerium am Samstag mit. Für 2027 werde ein Anstieg auf 121,7 Prozent erwartet. Regierungsdaten zufolge lag die Schuldenquote im Jahr 2025 bei 115,7 Prozent. Im Jahr 2019 hatte sie noch unter 100 Prozent betragen (Reuters).

**Frankreich** und **Kanada** wollen in **Energie- und Sicherheitsfragen** näher aneinander rücken. Gemeinsam werde man die beiden Regierungen bitten, an einer solchen Annäherung zu arbeiten - auch mit Blick auf die Fischerei, sagte Frankreichs Staatschef Emmanuel Macron nach einem Treffen mit Kanadas Premier Mark Carney im französischen Überseegebiet Saint-Pierre-et-Miquelon. Die kleine Inselgruppe liegt in Nordamerika, unweit des ostkanadischen Neufundlands (dpa/AFX).

Die **USA**, **Dänemark** und **Grönland** haben nach langem Streit um die strategisch bedeutsame Arktisinsel überraschend einen Durchbruch verkündet. In der kommenden Woche werde voraussichtlich ein **Abkommen** mit den USA unterzeichnet, teilten die Regierungen von Dänemark und Grönland mit. US-Präsident Donald Trump hatte kurz zuvor erklärt, das Abkommen sei schon besiegelt. Die Darstellung der Regierungen in Kopenhagen und Nuuk klang nicht nur in diesem Punkt etwas anders (dpa/AFX).

Donald Trump geht erneut gegen ihm missliebige Medien vor: Der **US-Präsident** verbietet dem renommierten TV-Sender **CNN** den Zugang zum Weißen Haus. Betroffen sind außerdem der Sender **MS NOW** und das Newsportal "**Politico**", wie er auf seiner Plattform Truth Social ankündigte. Trump warf ihnen vor, Falschnachrichten zu verbreiten. Kritiker sehen einen Einschüchterungsversuch und Angriff auf die Pressefreiheit. Es könnte zu Klagen kommen (dpa/AFX).

**US-Präsident** Donald Trump hat **Russland** der **Angriffe auf Verbündete der Ukraine** bezichtigt. "Seit etwa fünf Jahren greifen sie die Verbündeten der Ukraine an", sagte er im Weißen Haus auf eine Reporterfrage nach entsprechenden Sorgen in Polen. "Ich glaube, da sind sich alle einig", sagte Trump weiter (dpa/AFX).

**US-Präsident** Donald Trump hat das vom Parlament verabschiedete **Gesetz mit neuen weitreichenden Sanktionen** gegen **Russland** unterzeichnet. Das teilte das Weiße Haus in Washington mit. Das Sanktionspaket hatte zuvor eine parteiübergreifende Mehrheit im Kongress bekommen und soll den Kreml im Ukraine-Krieg stärker unter Druck setzen (dpa/AFX).

Das **US-Außenministerium** genehmigt einen **Rüstungsverkauf** an die **Ukraine** im Wert von fast 2,7 Milliarden Dollar. Die Waffenlieferungen dienen der Weiterentwicklung und Modernisierung der Luftverteidigung sowie der Beschaffung zugehöriger Ausrüstung und Dienstleistungen, teilt das Ministerium mit (Reuters).

Der **ukrainische Staatschef** Wolodymyr Selenskyj hat für seinen Besuch in New York nächste Woche auch ein Treffen mit **US-Präsident** Donald Trump angekündigt. Demnach telefonierte Selenskyj mit Trump und besprach mit ihm eine Reihe

von Themen, wie er bei Telegram mitteilte. Ein Treffen in New York, wo beide Präsidenten an der Generalversammlung der Vereinten Nationen teilnehmen, könne viel bewirken, sagte Selenskyj mit Blick auf mögliche neue Verhandlungen zur Beendigung des Ukraine-Kriegs. "Die diplomatische Dynamik ist da", sagte er. Ein genaues Datum für das Treffen nannte er zunächst nicht (dpa/AFX).

Die Kremlpartei **Geeintes Russland** ist bei der dreitägigen **Parlamentswahl** erwartungsgemäß zur Siegerin erklärt worden. Die seit gut 20 Jahren regierende Partei kam nach dem Ausschluss der Antikriegspartei Jabloko laut Wahlnachbefragungen des staatlichen Meinungsforschungsinstituts Wziom auf 49,4 Prozent der Stimmen, wie Agenturen in Moskau meldeten. Laut den Prognosen schafften auch die Kommunistische Partei (14,2 Prozent), die ultranationalistische Partei LDPR (10,7) und die vergleichsweise neue, für ein liberales Großstadtpublikum gegründete Partei Nowyje Ljudi (9,7) sowie die Partei Gerechtes Russland (6,6) wieder den Einzug in die Duma. Es handelt sich nicht um Ergebnisse, sondern um Angaben von Wählern nach Abgabe ihrer Stimmen. Alle Parteien sind kremltreu und unterstützen den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine (dpa/AFX).

Das **iranische Militär** warnt die **USA** vor neuen Angriffen auf das Land. Das militärische Hauptquartier Chatam al-Anbija, das in Kriegszeiten das Kommando im Generalstab übernimmt, erklärte laut Nachrichtenagentur Fars, alle Stützpunkte und Interessen der USA in der Region würden ohne jegliche Einschränkung oder Rücksichtnahme kontinuierlichen, wirksamen und schmerzhaften Angriffen ausgesetzt sein (dpa/AFX).

Der **Iran** will die **Straße von Hormus** erst wieder öffnen, wenn seine Bedingungen erfüllt und die Zusagen der **USA** umgesetzt wurden. Dies erklärt Parlamentspräsident Mohammed Bagher Ghalibaf laut der halbstaatlichen Nachrichtenagentur Fars. Der Iran müsse sowohl kämpfen als auch verhandeln. Teheran werde militärische Gewalt einsetzen, um seine Feinde zurückzudrängen. Der Iran werde auch Diplomatie nutzen, um die auf dem Schlachtfeld errungenen Erfolge zu festigen, sobald der richtige Zeitpunkt gekommen sei (Reuters).

Der **Iran** hat den **USA** über Vermittler seine **Bedingungen für ein Kriegsende** übermittelt und wartet auf eine Antwort von US-Präsident Donald Trump. Zu den Forderungen zählen die Einstellung der Kämpfe an allen Fronten, die Freigabe eingefrorener iranischer Gelder sowie die Aufhebung der Seeblockade, sagt der iranische Sicherheitschef Mohsen Resai dem Sender Al Jazeera. Die Gespräche mit Katar und Pakistan dauerten an. Zudem wolle die Regierung in Teheran, dass der Krieg zwischen **Saudi-Arabien** und dem **Jemen** beendet wird (Reuters).

**China** hat seine **Referenzzinssätze für Bankkredite** (LPR) am Sonntag den sechzehnten Monat in Folge unverändert gelassen und damit die Markterwartungen erfüllt. Der einjährige Satz verharrte bei 3,00 Prozent, der fünfjährige bei 3,50 Prozent. Die Entscheidung unterstreicht den begrenzten Spielraum für eine weitere geldpolitische Lockerung, nachdem wichtige globale Zentralbanken zuletzt einen restriktiveren Kurs eingeschlagen haben und der Yuan weiter an Stärke gewinnt (Reuters).

## Automobile / Zulieferer

Die **deutschen Autobauer** haben einer Studie von EY zufolge im ersten Halbjahr weiter an Boden verloren. **BMW**, **Mercedes** und **Volkswagen** kommen zwar zusammen noch auf **Erlöse** von gut 284 Milliarden Euro und damit auf 1,5 Milliarden Euro mehr als die zweitplatzierten japanischen Hersteller, wie aus der **Erhebung der Beratungsgesellschaft EY** hervorgeht, die am Sonntag veröffentlicht wurde. Das sind aber 2,9 Prozent weniger als im Vorjahr und sogar sieben Prozent weniger als im Rekordjahr 2023. US-Hersteller, japanische Hersteller, chinesische Hersteller und südkoreanische Hersteller erzielten der Erhebung zufolge dagegen jeweils Umsatzrekorde für ein erstes Halbjahr. Beim Gewinn fahren die deutschen Hersteller der Konkurrenz hinterher. Die drei Unternehmen erwirtschafteten zusammen einen Gewinn von gut 13 Milliarden Euro, das ist der zweitniedrigste Wert seit 2017 (Reuters).

Beim Sportwagenbauer **Porsche** könnten einem Zeitungsbericht zufolge **4000 weitere Stellen** wegfallen. Bei dem Mutterkonzern Volkswagen wachse nach der Gewinnwarnung die Sorge, dass das bisherige Sparpaket nicht ausreiche, berichtete das *"Handelsblatt"* am Samstag. Dies gehe aus Unterlagen zum Aufsichtsratsbeschluss bei VW von Anfang

September hervor. Für die Markengruppe "Sport Luxury", zu der Porsche gehört, sehe die Vorlage eine Reduktion um rund 4100 Mitarbeiter vor. Allein bei den Gemeinkosten fehlten rund 700 Millionen Euro. Der VW-Plan solle ausdrücklich "zusätzlich zu bestehenden Vereinbarungen" gelten, heißt es laut der Zeitung.

Mitten in der aktuellen Krise muss der **Volkswagen-Konzern** den **Abgang eines wichtigen Spitzenmanagers** verkraften. **Klaus Zellmer**, Chef der erfolgreichen tschechischen Konzernmarke Skoda, wechselt zum Konkurrenten **Volvo Cars**. Der zum chinesischen Geely-Konzern gehörende schwedische Autobauer teilte am Sonntag mit, dass Zellmer spätestens im Oktober 2027 die Führung von Volvo Cars übernehmen wird. Er soll auf Hakan Samuelsson folgen. Der 75-jährige Schwede war erst im April 2025 an die Spitze von Volvo Cars zurückgekehrt, nachdem er den Autobauer bereits von 2012 bis 2022 geführt hatte. Kommendes Jahr will er in den Ruhestand gehen. Vergangene Woche hatte Samuelsson einen umfassenden Plan vorgestellt, mit dem er das kriselnde Unternehmen wieder auf Kurs bringen will (dpa/AFX).

## Banken

Vor einer wichtigen Abstimmung im Schweizer Parlament hat der Chef der Großbank **UBS**, Sergio Ermotti, eindringlich vor zu strengen neuen **Kapitalvorschriften** gewarnt. Die Bank sei zwar bereit, gewisse Verschärfungen zu akzeptieren, sagte Ermotti in einem am Sonntag veröffentlichten Interview mit der "*Neuen Zürcher Zeitung*". Die Vorschläge der Regierung zur Absicherung von Auslandstöchtern gingen jedoch zu weit. "Mit einem blauen Auge können wir leben, aber zwei blaue Augen und eine gebrochene Nase sind zu viel", erklärte der Manager mit Blick auf das voraussichtlich am kommenden Mittwoch anstehende Votum der kleinen Kammer (Ständerat).

## Immobilien

Bei der **Bekämpfung der Wohnungsnot in Berlin** sieht sich der Immobilienkonzern **Vonovia** in einer wichtigen Rolle. "Ich glaube, dass unser Unternehmen Teil der Lösung sein muss und auch ist", sagte Vonovia-Vorstandschef Luka Mucic im Gespräch mit der *Deutschen Presse-Agentur* in Berlin.

## Öl & Gas

Angriffe der vom Iran unterstützten Huthi-Rebellen aus dem Jemen auf die saudische Hauptstadt Riad haben den **Ölpreis** steigen lassen. Der Preis für ein Fass (159 Liter) der Nordseesorte **Brent** stieg um 81 Cent oder 0,78 Prozent auf 104,68 Dollar, der für ein Fass der US-Sorte **WTI** um 76 Cent oder 0,76 Prozent auf 101,06 Dollar. Die Attacken vom Samstag verschärfen die Spannungen im Nahen Osten, während die USA und der Iran in einer Pattsituation verharren (Reuters).

Nach der Einigung von Bund und Ländern auf ein **Entlastungspaket** gegen die hohen **Spritpreise** wird vor allem der geplante neuerliche Tankrabbat heftig kritisiert. Dieser entlaste auch diejenigen, die es gar nicht nötig hätten, heißt es bei Verbraucherschützern und Sozialverbänden. Die Steuersenkung gebe keinen Anreiz, Sprit zu sparen, helfe damit der Umwelt nicht und ändere überdies nichts an den Krisengewinnen der Mineralölkonzerne, bemängeln

**Umweltorganisationen** und **Wirtschaftsexperten** (Reuters).

Die Wirtschaftsexperten **Marcel Fratzscher** und **Clemens Fuest** kritisieren die von der Bundesregierung geplanten Schritte zur **Spritpreissenkung** scharf. "Der erneute Tankrabbat ist teuer, sozial ungerecht und ökonomisch kontraproduktiv", sagte Fratzscher, der Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW), dem "Handelsblatt". "Er kostet Geld, das die Bundesregierung nicht hat, und bedeutet letztlich eine Umverteilung von Arm zu Reich." Auch die Erwartungen an den Spritpreisdeckel seien unrealistisch. Dieser dürfte nicht zu dauerhaft geringeren Spritpreisen führen. Ähnlich äußerte sich Ifo-Präsident Fuest. "Die Senkung der Mineralölsteuer halte ich für einen Fehler", sagte der Präsident des Ifo-Instituts der Zeitung. Wenn höhere Preise Knappheiten signalisierten, sei es "kontraproduktiv, diese Signale auszuschalten". Auch könne der Staat die höheren Kosten für importierte Energie "nicht

aus der Welt schaffen, er kann sie nur umverteilen". Wenn die Politik Lasten umverteilen wolle, müssten die Instrumente zielgenau sein (Reuters).

Die **deutsche Mineralölindustrie** zeigt sich gesprächsbereit über den von der Bundesregierung geplanten **Spritpreisdeckel**. Das Gesprächsangebot nehme man an, sagte der Hauptgeschäftsführer des Wirtschaftsverbands Fuels und Energie, Christian Küchen, der *"Welt am Sonntag"*. Die ab Januar geplante Regulierung mit staatlich festgelegten Höchstpreisen für Benzin und Diesel sieht die Branche aber mit Sorge.

Die jemenitischen **Huthi-Rebellen** haben nach eigenen Angaben eine Anlage des Ölkonzerns **Saudi Aramco** in der saudiarabischen Stadt Janbu angegriffen. Zudem haben sie demnach mit ballistischen Raketen und Drohnen als empfindlich bezeichnete Ziele in der Hauptstadt Riad beschossen. Eine Bestätigung aus Saudi-Arabien liegt zunächst nicht vor (Reuters).

Der **Schiffsverkehr** durch die **Straße von Hormus** ist am Wochenende angesichts der anhaltenden Spannungen in der Golfregion stark zurückgegangen. Schifffahrtsdaten zeigten am Montag, dass ein Dutzend Rohstofffrachter die Meerenge passierten, verglichen mit 35 am Wochenende zuvor. Der über Transpondersignale erfasste Verkehr durch die für ein Fünftel der weltweiten Öl- und Flüssiggasversorgung wichtige Route ist damit stark eingeschränkt. Produzenten aus dem Nahen Osten exportieren jedoch weiterhin Öl auf Tankern, die mit ausgeschalteten Transpondern fahren. Vor Beginn des Krieges zwischen den USA, Israel und dem Iran am 28. Februar passierten die Meerenge täglich etwa 125 große Handelsschiffe (Reuters).



STEBING AG  
WERTPAPIERHANDELSBANK



## FAROS Private Markets Database

Die kostenlose Datenbank für institutionelle Investoren

[privatemarkets.faros-consulting.de](http://privatemarkets.faros-consulting.de)

### Kontakt

Wolfgang Steubing AG  
Wertpapierdienstleister  
Goethestraße 29  
60313 Frankfurt a. M.  
T +49 69 29716 0  
F +49 69 29716 111  
[info@steubing.com](mailto:info@steubing.com)  
[www.steubing.com](http://www.steubing.com)

### Morning News

Alexander Dietzer  
T +49 69 29716 149  
[alexander.dietzer@steubing.com](mailto:alexander.dietzer@steubing.com)

### Institutionelle Kundenbetreuung

Michael Heidn  
T +49 69 29716 131  
[michael.heidn@steubing.com](mailto:michael.heidn@steubing.com)

### Haftungsausschuss

Die beigelegten Presseauszüge spiegeln Informationen und Meinungen der jeweiligen Analysten und Redaktionen wider. Neben den Presseauszügen enthält dieses Dokument Informationen, die durch die Wolfgang Steubing AG Wertpapierdienstleister, nachfolgend Steubing AG, erarbeitet wurden. Obwohl die Steubing AG sämtliche Angaben und Quellen für verlässlich hält, kann für die Richtigkeit, Vollständigkeit und Aktualität der enthaltenen Informationen keine Haftung übernommen werden. Insbesondere wird für Irrtum und versehentliche unrichtige Wiedergabe, insbesondere in Bezug auf Kurse und andere Zahlenangaben, jegliche Haftung ausgeschlossen. Die Steubing AG übernimmt keine Verpflichtung zur Richtigstellung etwa unzutreffender, unvollständiger oder überholter Informationen.

Dieses Dokument dient lediglich der Information. Auf keinen Fall enthält es Angebote, Aufforderungen oder Empfehlungen zum Kauf oder Verkauf von Wertpapieren oder anderen Finanzinstrumenten. Die in diesem Dokument enthaltenen Informationen stellen keine „Finanzanalyse“ im Sinne des Wertpapierhandelsgesetzes dar und genügen auch nicht den gesetzlichen Anforderungen zur Gewährleistung der Unvoreingenommenheit der Finanzanalyse und unterliegen keinem Verbot des Handels vor der Veröffentlichung von Finanzanalysen. Sie können insbesondere von den von Steubing AG veröffentlichten Analysen von Finanzinstrumenten und ihrer Emittenten (Research) abweichen. Bevor Sie eine Anlageentscheidung treffen, sollten Sie Ihren Anlageberater konsultieren.

Die Informationen in diesem Dokument richten sich ausschließlich an institutionelle Investoren und professionelle Marktteilnehmer; es ist nicht für die Verbreitung an Privatpersonen geeignet. Dieses Dokument ist entsprechend des deutschen Aufsichtsrechts erstellt worden und wird von der Steubing AG nach Maßgabe dieser Vorschriften übermittelt. Ausländische Rechtsordnungen können die Verbreitung dieses Dokuments beschränken. Eine Weitergabe oder Verbreitung dieses Dokuments ist daher nur nach vorheriger ausdrücklicher Zustimmung der Steubing AG gestattet.

Die Steubing AG, die dieses Dokument verbreitet, unterliegt der Aufsicht durch die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht in Deutschland.

© 2026 Wolfgang Steubing AG Wertpapierdienstleister. Alle Rechte vorbehalten.

### Zuständige Aufsichtsbehörde

Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin)  
Graurheindorferstraße 108  
D-53117 Bonn

und

Marie-Curie-Str. 24-28  
D-60439 Frankfurt

